



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL + 49 (0)3018-17-1667
FAX + 49 (0)3018-17-51667

BEARBEITET VON
Susanne Fries-Gaier

REFERAT: VN06

VN06-1@diplo.de
www.auswaertiges-amt.de

BETREFF **Förderung und Schutz der Menschenrechte**
HIER **Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität**
BEZUG **Dortiges Schreiben vom 14. Juni 2008**
ANLAGE -
GZ **VN06-383.25/57** (bitte bei Antwort angeben)

Berlin, 11. Juli 2008

Sehr geehrter Herr ! sehr geehrter Herr sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Juni 2008 an Bundesminister Dr. Steinmeier, in dem Sie sich für den Schutz vor sexueller Diskriminierung im Ausland einsetzen und auf die Handlungsanweisungen Großbritanniens an seine Botschaften verweisen.

Bundesminister Dr. Steinmeier hat mich als Leiter des Referats für Internationale Menschenrechtsschutz gebeten, Ihnen darauf zu antworten.

Die Politik der Bundesregierung ist gegen jede Art der Diskriminierung gerichtet, einschließlich der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Diese Politik vertritt die Bundesregierung weltweit, sowohl in bilateralen Kontakten, als auch in multilateralen Gremien – national sowie gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union. Auf multilateraler Ebene gehört hierzu u.a. die Aufnahme des Themas Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in das Mandat der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen sowie die Akkreditierung von entsprechenden nicht-staatlichen Organisationen, für die die Bundesregierung sich in den Vereinten Nationen über Jahre engagiert – und durchaus erfolgreich - eingesetzt hat.

Was Aktivitäten der EU im Rahmen der gemeinsamen externen Menschenrechtspolitik angeht, freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die EU soeben auf Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft den Beschluss gefasst hat, im Rahmen einer regionenübergreifenden Allianz im Herbst diesen Jahres eine Erklärung zum Thema Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, in den Dritten Ausschuss (Menschenrechte) der Generalversammlung der Vereinten Nationen einzubringen. Zentrales Element dieser Erklärung wird die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit sexueller Orientierung sowie die Forderung nach Aufhebung jeglicher Kriminalisierung von Homosexualität sein. Eine ähnliche, von Norwegen eingebrachte Erklärung hatte Deutschland, gemeinsam mit 53 weiteren Staaten, bereits im Dezember 2006 im VN-Menschenrechtsrat unterstützt. In dieser Erklärung wurden der Menschenrechtsrat und seine Mechanismen dazu aufgerufen, dem Thema Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit sexueller Orientierung mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Deutschland hat daher die jetzt vorgelegte Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft für eine ähnliche Erklärung in der Generalversammlung der VN nachdrücklich unterstützt und wird an deren Umsetzung engagiert mitarbeiten.

Im Hinblick auf die von Ihnen erwähnten Maßnahmen Großbritanniens möchte ich darauf hinweisen, dass auch die deutschen Auslandsvertretungen gehalten sind, die Menschenrechtssituation im jeweiligen Gastland intensiv zu beobachten und regelmäßig darüber zu berichten, einschließlich über mögliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern, d.h. Einzelpersonen oder Gruppierungen, die gefährdet sind, weil sie sich für Menschenrechte einsetzen. Grundlage für die Aktivitäten der Auslandsvertretungen sind hier u.a. die die 2003 vom EU-Ministerrat angenommenen „EU-Leitlinien zum weltweiten Schutz von Menschenrechtsverteidigern“. Während der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland im Bereich der externen Menschenrechtspolitik der EU einen besonderen Schwerpunkt auf eine verstärkte Implementierung dieser EU-Leitlinien gelegt und die Ausarbeitung von lokalen Strategien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern angeregt. Diese lokalen, nichtöffentlichen Implementierungsstrategien umfassen die jeweils vor Ort relevanten Schwerpunkte beim Menschenrechtsschutz, einschließlich dem Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung.

Sie können sicher sein, dass sich die Bundesregierung auch weiterhin, gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union, für einen umfassenden Schutz vor jeglicher Diskriminierung einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Rothen', written over a horizontal line.

(Rothen)

Leiter des Referats für Menschenrechte, Abteilung Vereinte Nationen